

Protokoll 71. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 25. November 2015, 17.00 Uhr bis 18.57 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Raphael Kobler (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2014/135](#) GPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Nina Fehr Düsel (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018
3. [2014/168](#) Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Anna Klieber Ben Othmen (AL) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018
4. [2015/115](#) Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Mauro Tuena (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2015/2016
5. [2015/355](#) * E Postulat von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Christine Seidler (SP) vom 11.11.2015: Städtische Mütter- und Väterberatung, Erhöhung des Anteils an männlichem Personal VS
6. [2015/356](#) * E Postulat von Hans Urs von Matt (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 11.11.2015: Ausserfamiliäre Betreuungseinrichtungen, Erhöhung des Anteils an männlichem Personal VS
7. [2015/165](#) Weisung vom 03.06.2015: Kultur, Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019, Kenntnisnahme STP

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

**1418. 2015/349
Ratsmitglied Mauro Tuena (SVP); Rücktritt**

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Mauro Tuena (SVP 10) auf den 25. November 2015 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

**1419. 2015/348
Ratsmitglied Min Li Marti (SP); Rücktritt**

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Min Li Marti (SP 4+5) auf den 25. November 2015 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

**1420. 2015/350
Ratsmitglied Marc Bourgeois (FDP); Rücktritt**

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Marc Bourgeois (FDP 7+8) auf den 25. November 2015 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

**1421. 2015/351
Ratsmitglied Nina Fehr Düsel (SVP); Rücktritt**

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Nina Fehr Düsel (SVP 7+8) auf den 25. November 2015 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

Geschäfte

**1422. 2014/135
GPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Nina Fehr Düsel (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018**

Es wird mit Wirkung ab 25. November 2015 gewählt:

Stefan Urech (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

1423. 2014/168

Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Anna Klieber Ben Othmen (AL) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018

Es wird gewählt:

Anne-Claude Hensch Frei (AL)
Köschenrütistrasse 8, 8052 Zürich

Mitteilung an den Stadtrat, die Schulkommission und die Gewählte

1424. 2015/115

Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Mauro Tuena (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2015/2016

Es wird mit Wirkung ab 25. November 2015 gewählt:

Martin Götzl (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

1425. 2015/355

**Postulat von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Christine Seidler (SP) vom 11.11.2015:
Städtische Mütter- und Väterberatung, Erhöhung des Anteils an männlichem Personal**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Götzl (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1426. 2015/356

**Postulat von Hans Urs von Matt (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 11.11.2015:
Ausserfamiliäre Betreuungseinrichtungen, Erhöhung des Anteils an männlichem Personal**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Götzl (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1427. 2015/165**Weisung vom 03.06.2015:
Kultur, Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019, Kenntnisnahme**

Antrag des Stadtrats

Vom Leitbild der städtischen Kulturförderung für die Jahre 2016–2019 wird Kenntnis genommen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Präsidentin Christina Hug (Grüne)

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1428–1434)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1428. 2015/367**Erklärung der SP-Fraktion vom 25.11.2015:
Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019**

Namens der SP-Fraktion verliest Hans Urs von Matt (SP) folgende Fraktionserklärung:

Leitbild Kulturförderung 2016–2019: Kultur geht uns alle an

«Kultur ist Opposition, ohne Politik zu sein. Kultur bildet, ohne Schule zu sein. Kultur tröstet, ohne Religion zu sein.»

Dieses Zitat von Laura de Weck bringt es auf den Punkt. Es würde wohl kaum jemand behaupten, dass ein Leben ohne Kultur überhaupt denkbar ist. Umso erstaunlicher ist es eigentlich, welche geringe Rolle die Kultur in der Politik spielt. War früher die Unterstützung der «Hochkultur» in allen politischen Lagern zumindest ein Lippenbekenntnis, ist selbst dies heute nicht mehr selbstverständlich. Die meisten Parteien sind zwar irgendwie «für Kultur», während einige wenige gegen staatliche Kulturförderung und Nischenkunst poltern! Aber es reicht nicht, einfach «Ja» zu sagen. Man muss auch wissen, weshalb.

Aus dieser Sicht ist es umso erfreulicher, dass der Stadtrat mit dem Kulturleitbild für die Jahre 2016–2019 eine Auslegeordnung präsentiert. Die SP sagt: «Für alle statt für wenige». Das gilt auch für die Kultur. Die Teilnahme und Teilhabe am Kulturleben darf nicht Privileg begüterter Einzelpersonen oder kreativer Insiderinnen und Insider sein. Kultur geht uns alle an! Sie ist nicht Dekoration einer öden Welt, sondern eine Art, sich mit der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Für die SP ist Kultur eine gesellschaftlich relevante Grösse. Kultur bildet Identität, vermittelt Werte, bietet aber auch Unterhaltung und leistet einen Beitrag zum gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, indem sie Begegnung und Austausch ermöglicht. Und als Schule der Aufmerksamkeit fördert und fordert Kultur ihrerseits Demokratie und Politik: Künstlerische Betätigung, kulturelle Bildung und Kulturvermittlung sind notwendige Bedingungen für Demokratie und Emanzipation. Kultur ist nützlich, indem sie zur Diskussion anregt, zur Zufriedenheit beiträgt, Arbeitsplätze schafft, uns verunsichert oder einfach Genuss beschert.

Die SP bekennt sich zur in der Bundesverfassung verankerten Freiheit der Kunst – denn wir wissen: Kunst ist immer auch anarchisch, kann Irritation auslösen und durchgeknallt sein! Die Zürcher Kultur braucht Freiräume, freie Tanz- und Theatergruppen und Atelieregemeinschaften junger Kunst- und Kulturschaffenden genauso wie die «Leuchttürme» Tonhalle, Kunsthaus und Schauspielhaus. Die Vielfalt der Gesellschaft soll sich im Publikum, bei den Kulturschaffenden und in den Institutionen widerspiegeln.

Die SP begrüsst und unterstützt die im neuen Kulturleitbild beschriebenen Handlungsachsen und sieht eine grosse Übereinstimmung mit ihren eigenen kulturpolitischen Forderungen:

- Kultur für alle: Teilhabe stärken, Diversität leben
Zürich ist eine vielfältige Stadt mit rund 400 000 Bewohnerinnen und Bewohnern aus über 169 Nationen. Die Kulturinstitutionen sind aufgerufen zur Demokratisierung des Zugangs. Zutrittschürden sind abzubauen. Die Preispolitik und Öffnungszeiten sind zu überdenken. Für Kinder und Jugendliche braucht es mehr kulturelle Bildung und Möglichkeiten, in verschiedenen Sparten selber künstlerisch tätig zu werden.
- Kulturelle Vielfalt: Akzente setzen, Profile schärfen
Die Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen sind aufgerufen, innerhalb der kulturellen Vielfalt Akzente zu

setzen, die Qualität zu vertiefen und ein unverwechselbares Profil zu schaffen. Das Publikum soll neugierig gemacht werden. Dazu eignen sich auch Aktionen wie «Kunst im öffentlichen Raum». Die Rolle der Kunst im öffentlichen Raum muss politisch und gesellschaftlich breit diskutiert werden. Zudem unterstützt die SP ausdrücklich die Erhöhung des städtischen Beitrags an die Filmstiftung zum Erhalt der bisherigen Fördertätigkeit. Die Ablehnung der Erhöhung durch die bürgerlichen Fraktionen ist für uns nicht nachvollziehbar. Dies gefährdet die Aufbauarbeit der letzten Jahre, welche Zürich als Filmstandort und Filmproduktionsort erfolgreich etabliert hat.

– Kultur braucht Räume: Rahmenbedingungen verbessern

Fragt man Kulturschaffende danach, wo am dringendsten Unterstützung notwendig ist, wird der Bedarf nach Raum häufig zuerst genannt. Es muss mehr günstigen Raum für die kulturelle Arbeit, für Veranstaltungen und Aufführungen sowie Vernetzung und Austausch bereitgestellt werden. Auch bei der Altersvorsorge könnte die Stadt Zürich noch mehr tun. Die soziale Absicherung von Kulturschaffenden in der Schweiz ist ungenügend. Oft arbeiten Künstlerinnen und Künstler in prekären Arbeitsverhältnissen und das Einkommen reicht nicht aus, um eine existenzsichernde Altersvorsorge zu finanzieren. Mit dem Kulturfördergesetz hat der Bund 2012 ein Zeichen gesetzt: Kulturschaffende, die vom Bundesamt für Kultur oder Pro Helvetia unterstützt werden, erhalten einen Beitrag an ihre Altersvorsorge. Es ist wünschenswert, wenn die Stadt Zürich diese Regelung freiwillig anwenden würde.

– Kultur kostet: Kulturförderung ist gesellschaftliche Grundlagenforschung

Es ist Geld und Freiheit nötig, damit dabei etwas herauskommt, das uns weiterbringt und weiterführt. Deshalb unterstützt die SP die staatliche Kulturförderung. Nur so ermöglichen wir ein breites Spektrum an Sparten und Ausdrucksformen, von populär bis minoritär, auch inter- und transdisziplinär. Die SP bekennt sich zum «Kulturprozent»: 1–2 % der gesamten städtischen Ausgaben soll in die Kultur fliessen. Deshalb stimmt die SP-Fraktion dem Kulturleitbild 2016–2019 zu und unterstützt in diesem Zusammenhang alle konkreten Subventionsvorlagen.

1429. 2015/368

Erklärung der SVP-Fraktion vom 25.11.2015:

Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019

Namens der SVP-Fraktion verliest Martin Götzl (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Kulturausgaben in Zürich wachsen ins Uferlose

Die SVP macht sich nichts vor. Auch in der heutigen Kulturdebatte wird es uns wohl nicht gelingen, das endlose Wachstum der Zürcher Kulturprojekte zu stoppen. Das ist bedauerlich! Die Mehrheit des Gemeinderats ist so kulturhörig wie der Stadtrat. Die Stadtpräsidentin kennt ihre Pappenheimer. Kürzungen haben kaum Chancen. Radikaler Rückbau schon gar nicht. So beantragt Stadtpräsidentin Corinne Mauch als oberste Kulturchefin mit frischem Mut eine Vielzahl alter und neuer Kulturbeiträge.

Dass unsere bürgerlichen Partner den Ausgabenexzess weitgehend mittragen, macht betroffen. 2010 bezahlte die Kulturförderung noch einen jährlichen Betrag von 93 Millionen Franken. Im Jahr 2019 sollen es gemäss Kulturleitbild bereits 108 Millionen sein. Natürlich sind diese 108 Millionen lange nicht alles, was in Zürich für Kultur verpulvert wird. In dieser Summe ist kein Geld drin für das ‚Rietberg‘, nix für das NONAM, nix für das Kulturama, die KiöR oder die Oper. Insgesamt verbubeln die Stadt, der Kanton und der Bund in der Stadt Zürich pro Jahr weit über 300 Millionen Franken.

Niemand hat je bewiesen, dass das endlose Aneinanderreihen von teuren Kulturprojekten etwas nützt! Die Frage sei also hier erlaubt, warum der Stadtrat die Kulturspirale ins Unendliche dreht? Eine Antwort aus Sicht der SVP sei hier erlaubt: in schriftlichen und mündlichen Formulierungen des Stadtrats kommen die folgenden beiden Begriffe überaus viel vor: "Leuchtturmprojekt" und "Internationale Ausstrahlung". Der Stadtrat ringt offenbar um ein neues Profil für die Limmatstadt. Zürich soll in der Welt nicht mehr als "Zwinglistadt" oder als "Stadt der Banken" bekannt sein. Nein, Zürich soll internationale Ausstrahlung haben als weltoffene und ökologisch gesittete Kulturstadt.

Der Kultur kommt bei diesem Feldzug die wichtigste Bedeutung zu. Schliesslich steht in Zürich das Geburtshaus der Weltkulturbewegung Dada. Zürich hat die Sammlung Bühle im bald doppelt so grossen Kunsthaus. Ein Schauspielhaus mit vergangener Grösse. Eine sündhaft teure Oper. Zürich tanzt! Zürich liest! Zürich eröffnet dann und wann ein neues Theater. Plant ein neues Festival. Zürich fördert Kinder, Jedermann und Jedefrau, um künstlerisches Potenzial freizusetzen. Stars werden in wichtigen Fachpublikationen anerkannt. Zürich ist Drehscheibe der internationalen Kunst und hat starke Präsenz in nationalen und internationalen Medien. Und um seinen Ruf weiter auszubauen, mietet Zürich Ateliers und Wohnungen für seine Künstler in Berlin, New York, Genua, Istanbul, Paris, Kunming und San Francisco. Die Aufzählung könnte ellenlang fortgesetzt werden.

Und die Moral von der Geschichte? Ein Ende der Story, das gibt es nicht! - Das Ziel wird nie erreicht. Der Kulturhunger wird nie gestillt sein. Das Haschen nach Ausstrahlung wird nie sagen: es ist genug! Zudem

gibt es immer neue Anspruchsgruppen, die unterstützt werden wollen. Dann wird der Stadtrat einwilligen, die Budgetanträge dem Gemeinderat vorlegen und die Kostenspirale dreht sich endlos weiter.

Es sei denn, wer te Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien, sie folgen in der heutigen Kulturdebatte den Streichungsanträgen der SVP. So könnten sie mithelfen, die Zürcher Kultur und die Zürcher Finanzen wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

1430. 2015/369

Erklärung der FDP-Fraktion vom 25.11.2015:

Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019

Namens der FDP-Fraktion verliest Severin Pflüger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Eine aktive Kulturpolitik

Für die FDP ist klar, dass der grösste Teil der Kultur im privaten Rahmen stattfindet und von privaten Sponsoren und Mäzenen unterstützt wird. Kulturförderung ist daher nicht hauptsächlich eine Staatsaufgabe. In einer Stadt wie Zürich, welche ein qualitativ hochstehendes und breites Kulturangebot verdient, kann der Staat allerdings unterstützend wirken, so ist es auch in der Kantonsverfassung festgehalten. Dies bedeutet aber auch für alle Beteiligten, ob Künstler, Institution oder die Politik, Verantwortung zu übernehmen.

Wer Steuergelder verteilt, muss diese Verantwortung wahrnehmen. Bloss jedem gleichviel zu geben wie immer und all jenen, die nett gefragt haben, etwas mehr, greift zu kurz. Es braucht eine klare Haltung, welche Kunst mit Steuergeldern unterstützungswürdig ist. Die FDP hat diese klare Haltung.

Unterstützungswürdig ist jene Kunst, welche

1. sich selber weiterentwickelt oder sich auf höchstem Niveau halten kann,
2. ohne eine staatliche Mitunterstützung nicht auskommt und
3. jedoch ein breites Publikum anspricht, wobei die Breite je nach Kunstform unterschiedlich definiert werden kann.

Die FDP will weder die Beliebigkeit noch „l'Art pour l'Art“, welche sich nur mit sich selbst beschäftigt, unterstützen. Die Kulturlandschaft der Stadt Zürich ist dank der Politik der letzten Jahre breit gefächert, hochstehend und nahe am Publikum. Dies gilt es zu erhalten und zu fördern. Doch gibt es Häuser und Institutionen, die sich fragen müssen, ob sie sich wirklich weiterentwickeln oder ihr früher hohes Niveau noch halten und damit ihre staatliche Unterstützung nach wie vor verdienen.

Zudem vermissen wir eine notwendige Konstanz: Dass der Stadtrat den Film für die nächsten vier Jahre zum Schwerpunkt seiner Kulturpolitik auserkoren hat, damit dieser mehr Aufmerksamkeit erhält, ist erfreulich. Vor vier Jahren hat der Stadtrat dem Gemeinderat allerdings mit viel Verve den Tanz als Schwerpunkt vorgelegt. Diese Sparte hat sich als Standort in der Deutschschweiz tatsächlich erfolgreich entwickelt. Ihn nun aber gleich wieder durch einen nächsten abzulösen, erscheint uns zu kurz gegriffen. Einen Schwerpunkt zu bilden ist aus unserer Sicht nicht zwingend mit einer Budgeterhöhung verbunden. Auf jeden Fall kann es aber nicht sein, dass der Stadtrat alle vier Jahre einen neuen Schwerpunkt wählt und damit gleich noch das Gesamtbudget der Kulturausgaben erhöht.

Gleichzeitig anerkennen wir, dass bei einzelnen Institutionen, Häusern und Ensembles im Zuge ihrer Entwicklung neue finanzielle Bedürfnisse entstehen. Wenn dies zu einem moderaten Anstieg der Kulturausgaben führt, der parallel zum Wirtschaftswachstum läuft, ist dies akzeptabel. Die Kulturausgaben der Stadt Zürich sollen in der Vorstellung des Stadtrats aber nicht bloss moderat ansteigen. Der Stadtrat plant sogar einen massiven Anstieg von 85.1 Mio Franken im Jahr 2015 auf 93.2 Mio Franken im Jahr 2019, und dies angesichts eines strukturellen Defizits von über 100 Mio Franken. weiter steigender Schulden von mittlerweile über 5 Mia Franken und eines weiteren Abbaus des Eigenkapitals von über 90 Mio Franken bis Ende 2016.

Für die FDP gilt: Kultur, die sich entwickelt, unterstützen wir. Dazu gehört aber, alles was nicht unabdingbar ist zu hinterfragen. Es gibt keinen Grund, die Kulturausgaben anders zu behandeln als die Ausgaben für die Bildung, die Kinderbetreuung, die öffentliche Sicherheit, die Gesundheit oder das Soziale.

Wir tun dies nicht, um Kultur zu verhindern, sondern um Kultur zu ermöglichen. Besitzstandswahrung ist in unseren Augen keine Kulturpolitik.

1431. 2015/370**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 25.11.2015:
Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Christina Hug (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Kultur lohnt sich, auch wenn sie nicht rentiert

Zürich hat kulturell jede Menge und für jeden Geschmack etwas zu bieten, von den grossen und gutbürgerlichen Institutionen wie Tonhalle und Kunsthaus bis zu kleinen und kleinsten Häusern und Festivals der freien Szene. Wir Grünen schätzen dieses breite und bunte kulturelle Angebot und bekennen uns zu einer Politik, die es in seiner ganzen Vielfalt wertschätzt und fördert. Und zwar gerade nicht nur deshalb, weil die Kultur ein zweifellos wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor ist. Sondern vielmehr, weil sie noch sehr viel Wichtigeres leistet:

Kultur ist der Ort der Auseinandersetzung des Menschen mit sich selbst – also das, was uns im Wesentlichen von anderen Kreaturen unterscheidet. Sie ist nicht einfach, wie einige der bürgerlichen Fraktionen offenbar meinen, „nice to have“. Wir brauchen sie, um uns selbst zu reflektieren und dadurch weiterzuentwickeln. Umso besser also, wenn das Kulturschaffen sich nicht einfach mit ästhetischem Wohlgefallen begnügt, sondern irritiert, ausprobiert, Hafenkranne aufstellt oder sonstige merkwürdige Dinge tut – und dabei durchaus auch mal scheitert. Auch und gerade von der Stadt geförderte Kultur darf und soll Zürich und die Art und Weise, wie wir hier leben, hinterfragen. Das Kulturbudget dient nicht der städtischen Selbstinszenierung, und Kultur muss schon gar nicht rentieren.

Aus diesem Grund haben wir Grünen uns, ohne die grossen und etablierten Institutionen und ihre wertvolle Arbeit grundsätzlich in Frage zu stellen, immer für eine stärkere Förderung der freien Szene und des künstlerischen Nachwuchses eingesetzt. Wir begrüssen das vom Stadtrat vorgelegte Kulturleitbild für die Jahre 2016 bis 2019 nicht zuletzt deshalb, weil es diesen Forderungen in wesentlichen Punkten Rechnung trägt.

Aus dem gleichen Grund lehnen wir auch die bürgerlichen Kürzungsanträge bei der Winkelwiese, wo mit dem Dramenprozessor gezielte und erfolgreiche Nachwuchsförderung betrieben wird, und bei der Filmstiftung, wo ein Teil der zusätzlichen Mittel speziell für Nachwuchs- und Low Budget Produktionen eingesetzt werden soll, dezidiert ab. Genauso dezidiert lehnen wir bei allen Weisungen den Dispositivantrag ab, der im Falle eines Bilanzfehlbetrags im Budget des Folgejahres Kürzungen verlangt. Die Umsetzung dieser reinen Scheinsparmassnahme – anders kann man es nicht nennen und anders wäre auch die SP kaum bereit gewesen, diese Motion zusammen mit FDP und CVP zu unterzeichnen – ist weder sinnvoll noch ehrlich. Damit wird einzig die Fahne hochgehalten, real passiert nichts. Offen bleibt, wer von dieser unredlichen Politik schlussendlich mehr profitiert. Wir machen bei diesem Spiel nicht mit.

Ein undifferenziertes Hantieren mit dem Rotstift bei der Kulturförderung ist nicht angebracht. Die Stadt gibt insgesamt nur etwas mehr als 1 % des Gesamtbudgets für die Kulturförderung aus – und erhält dafür im Gegenzug ein Stück echte Lebensqualität.

1432. 2015/371**Erklärung der GLP-Fraktion vom 25.11.2015:
Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019**

Namens der GLP-Fraktion verliest Isabel Garcia (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Vielfältig und vernetzt – und nachhaltig finanziert

Aus Sicht der Grünliberalen stehen bei der städtischen Kulturförderung drei Leitmotive im Fokus: Die Vielfalt des städtischen Kulturangebots, der Beitrag von Kulturinstitutionen zu Allgemeinbildung, Lebensqualität und Standortattraktivität sowie der nachhaltige Umgang mit den für die Kulturförderung eingesetzten Steuergeldern.

1. Vielfältiger Kulturmix: Gerade aus liberaler Perspektive ist die Förderung einer breiten Palette von Kulturangeboten für die glp ein zentrales Element: Einzelne Sparten, Stilrichtungen oder Institutionen sollen nicht bevorzugt werden. Der Allgemeinheit soll ein breites Spektrum von Angeboten zur Verfügung stehen. Von populärer Massenkultur, über unkonventionelle und experimentelle Aktivitäten bis hin zu klassischen und etablierten Kulturangeboten sollen alle Stilrichtungen ihren Platz haben.

Bereits anlässlich der Kulturdebatte vor vier Jahren haben wir Grünliberale unserer Sorge Ausdruck verliehen, dass über 60% des städtischen Kulturbudgets von den drei grossen Kulturhäusern, Schauspielhaus, Tonhalle und Kunsthaus, beansprucht wird. Dadurch wird die Vielfalt des Kulturangebots stark eingeschränkt und der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt zur Unterstützung neuer Kulturinitiativen strebt langsam aber sicher gegen Null. Die glp tritt entschieden gegen diese Entwicklung an.

Wir haben deshalb heute eine Motion eingereicht, in der wir den Stadtrat auffordern, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Neubeurteilung der laufenden Subventionsverträge mit den genannten Kulturhäusern vorzunehmen.

2. Beitrag zu Allgemeinbildung, Lebensqualität und Standortattraktivität: Öffentliche Investitionen in kulturelle Aktivitäten und Institutionen nützen nicht nur den Kulturhäusern und den Kulturschaffenden, sondern entwickeln über die vielfältige Vernetzung der Kulturbranche eine dynamische Wirkung auch in anderen Lebensbereichen. Kultur liefert wichtige Impulse für gesellschaftliche Debatten, fördert die Allgemeinbildung und trägt zur hohen Standortattraktivität der Stadt Zürich bei.
3. Nachhaltiger Einsatz der Steuergelder: Auch im Kulturbereich sind die finanziellen Ressourcen der Stadt begrenzt. Daher können nicht alle an sich sympathischen und auch qualitativ hochstehenden Projekte und Institutionen im werden. Zudem ist es unrealistisch und finanzpolitisch unverantwortlich – unter Einbezug von Steuergeldern – gleich in mehreren Sparten Kulturhäuser von Weltruf unterhalten zu wollen. Wir sind auch der Auffassung, dass städtisch geförderte Kulturinstitutionen ein Minimum an Publikumsresonanz erzeugen müssen, dass die Möglichkeiten zur Generierung von Drittmitteln sowie zur Nutzung von Synergien noch nicht bei allen Institutionen ausgeschöpft sind.

Angesichts der düsteren Perspektiven der städtischen Finanzlage, wie sie der Stadtrat vor zwei Monaten im Aufgaben- und Finanzplan 2017 – 2019 präsentiert hat, steht die glp sowohl einer Erhöhung des Gesamtbetrags wie auch des prozentualen Anteils der Kulturförderung an den städtischen Gesamtausgaben äusserst skeptisch gegenüber.

Der Stadtrat unterbreitet dem Gemeinderat heute auch das Kulturleitbild 2016 – 2019, welches Ziele und Herausforderungen der städtischen Kulturförderung für die nächsten vier Jahre zusammenfasst. Die von der glp hochgehaltenen Leitmotive der Vielfalt und Vernetzung finden darin durchaus ihren Niederschlag. Bezüglich des nachhaltigen Einsatzes der Steuergelder im Kulturbereich sehen wir, wie bereits erwähnt, Verbesserungspotenzial. Leider fehlt im Kulturleitbild die kritische Auseinandersetzung mit der Besitzstandswahrung. Es macht ganz den Anschein, als dass Institutionen, denen es einmal gelungen ist, auf das Subventionsvergnügungskarussell der Stadt aufspringen, sich nicht davor fürchten müssten, irgendwann wieder vom Karussell gestossen zu werden. Die Grünliberalen werden das zu umfangreich geratene Kulturleitbild trotz einiger Kritikpunkte zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Zu den einzelnen Kulturvorlagen werden wir unter den entsprechenden Traktanden Stellung beziehen.

1433. 2015/372

Erklärung der AL-Fraktion vom 25.11.2015:

Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019

Namens der AL-Fraktion verliest Andrea Leitner Verhoeven (AL) folgende Fraktions-erklärung:

Wenig mehr als ein Geschäftsbericht

Die AL-Fraktion dankt den VerfasserInnen für das vorliegende Kulturleitbild für die Jahre 2016-2019, das transparent und übersichtlich die Kulturförderung der Dienstabteilung Kultur präsentiert. Der ausführliche Grundlagenteil lässt Engagement für die Kultur und ein vertieftes Verständnis ihrer umfassenden Bedeutung erkennen, der Anhang illustriert die Zahlen der städtischen Kulturförderung mit anschaulichen und aufschlussreichen Grafiken.

Und dennoch: Das vor uns liegende Kulturleitbild ist wenig mehr als ein Geschäftsbericht, der auflistet, was in den nächsten Jahren finanziell förderungswürdig ist und in welchem Umfang. Nicht überraschend, sind dies einmal mehr vornehmlich die Leuchttürme der bürgerlichen Hochkultur – einen kleinen Akzent dieser Periode setzt der Film als wirtschaftlicher Standortfaktor. Keine richtungsweisenden Zielvorstellungen, keine klaren Prioritäten, die eine inspirierte Debatte über Kunst, Kultur und städtische Kulturpolitik in Gang bringen könnten und den Namen Leitbild Kulturförderung verdient hätten.

Ein Kulturleitbild, wie es sich die AL wünscht, käme nicht umhin, das gesamte Zürcher Kulturschaffen zu beleuchten, auch jenes, das von der Stadt nicht unterstützt wird und viel zur Lebendigkeit in dieser Stadt beiträgt. Auch wenn diese Kulturschaffenden keine Gelder beanspruchen, haben sie doch Anrecht auf einen Ort und auf ein Bekenntnis von Stadtseite, das ihnen eine Daseinsberechtigung attestiert. Auch jener Teil der Kultur, der einen Drittel des Kulturetats für sich beansprucht und anderen Departementen untersteht, namentlich Kunst am Bau, Kunst im öffentlichen Raum, soziokulturelle Projekte und Kultur im Bildungs- und Gesundheitswesen verlangt nach mehr als nur einer flüchtigen Erwähnung.

Ein Kulturleitbildes, das die kulturelle Teilhabe für alle Gruppen unserer Gesellschaft propagiert und den Aspekt des Multiperspektivischen in der Kulturdiskussion aufgreift, muss unter Miteinbezug möglichst vieler

verschiedener Kulturakteure und Anspruchsgruppen entwickelt werden. Stattdessen erweist sich das KLB als ein im Top-Down-Verfahren erstelltes Werk, für welches sich die Verwaltung vor allem selber befragt hat.

Am Anfang aller Kultur stehen die Kulturschaffenden, im Vorwort zum Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019 sucht man ihre Nennung vergeblich. Diese Lücke spricht Bände.

1434. 2015/373

Erklärung der CVP-Fraktion vom 25.11.2015: Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019

Namens der CVP-Fraktion verliest Karin Weyermann (CVP) folgende Fraktions-
erklärung:

Kultur - Weiterentwickeln, Vertiefen und Akzente setzen

2003 haben Vertreterinnen und Vertreter der FDP, SP und CVP einen Überblick über die aktuelle Situation im Zürcher Kulturbereich und die kurz- und mittelfristige Planung verlangt. Daraus resultierten die Kulturleitbilder, welche für die kommenden vier Jahre jeweils einen Überblick über die Ziele und die Formen der Kulturförderungen gaben. Das Kulturleitbild 2016-2019 hält fest, dass es in den nächsten Jahren nicht darum gehe, das Angebot auszuweiten, sondern es sorgfältig weiterzuentwickeln, zu vertiefen und dabei gezielt Akzente zu setzen. Verglichen mit dem Gesamtbudget der Stadt Zürich gingen die Kulturausgaben prozentual leicht zurück und sollen nun gemäss dem Willen des Stadtrates wieder etwas angehoben werden. Die CVP unterstützt die Kulturförderung und steht damit zur kulturellen Vielfalt in der Stadt Zürich. Wir erachten es jedoch in der derzeitigen finanziellen Lage nicht als angebracht, das Kulturbudget zu erhöhen. Es stellt sich demnach die Frage, wie das vorhandene Geld in den nächsten Jahren verteilt werden soll.

Die Kulturförderung ist aus Sicht der CVP unbestrittenermassen ein öffentlicher Auftrag. Wir stehen für die Grundsätze der Zürcher Kulturpolitik ein und attestieren, dass eine attraktive Kulturstadt verschiedenste Akteurinnen und Akteure braucht. Dass Qualität gefördert und gefordert wird, erachten wir als wichtig. Sehr hoch gewichtet die CVP bei der Beurteilung der Unterstützung der Institutionen aber auch die Effizienz und Transparenz sowie die Eigenverantwortung. Uns ist es wichtig, dass die Institutionen die städtischen Mittel effizient einsetzen, um eine starke Wirkung für die Attraktivität der Stadt Zürich im Kulturbereich zu entfalten. Ebenso erwarten wir ein hohes Mass an Eigenleistung und Eigeninitiative, damit die kulturelle Vielfalt in Zürich erhalten bleibt. Es ist nicht möglich, mit den vorhandenen Mittel das stark gewachsene Kulturangebot in Zürich zu subventionieren. Daher ist es wichtig, das bestehende Angebot weiterzuentwickeln, zu vertiefen und gezielt Akzente zu setzen.

Im vorangegangenen Kulturleitbild wurde der Schwerpunkt auf den Tanz gesetzt. Dieser Bereich soll weiterhin stark unterstützt werden, um das aufgebaute Angebot weiterzuentwickeln. Zudem erachten wir die Förderung von Ausbildungsstätten und einzelnen Nischenprodukten, welche es in dieser Art nur in Zürich gibt, als richtig und wichtig. Die Kulturvielfalt lebt von Nischenprodukten und ist darauf angewiesen, dass junge Künstler gefördert werden. In diesem Bereich sollen Akzente gesetzt werden. Dennoch sind wir der Meinung, dass die Kulturvielfalt über den gesamten Deutschschweizeraum gewährleistet sein muss und Zürich zwar eine Zentrumsfunktion der Kultur wahrnehmen, aber nicht der einzige Player in diesem Bereich sein soll. Zudem gilt es im Auge zu behalten, dass jede Kulturform für ein Publikum bestimmt ist. Die CVP erwartet nicht, dass sich die Kulturangebote nur noch nach dem Mainstream richten. Es sollen neue Formen ausprobiert werden und wie ausgeführt auch Nischenprodukte unterstützt werden. Finden jedoch Kulturformen langfristig kein oder zu wenig Publikum, ist die CVP der Ansicht, dass es auch möglich sein muss, eine Institution nicht mehr weiter zu unterstützen.

Die CVP prüfte die einzelnen Weisungen im Hinblick auf die oben ausgeführten Kriterien und wird in diesem Sinne einige wenige Beitragserhöhungen gutheissen. Die CVP wird aber auch den einen oder anderen Kürzungsantrag unterstützen oder Institutionen die Unterstützung ganz streichen.

1427. 2015/165

Weisung vom 03.06.2015: Kultur, Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019, Kenntnisnahme

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Marianne Aubert (SP) i. V. von Nicolas Esseiva (SP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
 Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)
 Enthaltung: Rosa Maino (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 21 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Vom Leitbild der städtischen Kulturförderung für die Jahre 2016–2019 wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. Dezember 2015

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1435. 2015/374**Motion der GLP-Fraktion vom 25.11.2015:****Auflösung der unbefristeten Subventionsverträge mit dem Schauspielhaus, der Tonhalle und der Zürcher Kunstgesellschaft**

Von der GLP-Fraktion ist am 25. November 2015 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die eine Auflösung der unbefristeten Subventionsverträge der Stadt Zürich mit den drei grössten Kulturinstitutionen - Schauspielhaus, Tonhalle und Zürcher Kunstgesellschaft - zum nächstmöglichen Zeitpunkt enthält. Die Auflösung der unbefristeten Subventionsverträge soll eine Neubeurteilung derselben erlauben und der unsicheren städtischen Finanzlage Rechnung tragen.

Begründung:

Die Stadt Zürich bezahlt aktuell einen Betrag von gut 63 Millionen Schweizer Franken (Budget 2016 gemäss Kulturleitbild 2016-2019 der Stadt Zürich) an die drei grössten Kulturinstitutionen Schauspielhaus, Tonhalle und Zürcher Kunstgesellschaft. Bei einem jährlichen Kulturbudget von rund 104 Millionen Schweizer Franken (Budget 2016 gemäss Kulturleitbild 2016-2019 der Stadt Zürich; exkl. Personal, Mieten, Abschreibungen, Dienstleistungen Dritter und weiteren Sachaufwendungen) fliessen also rund 61% der städtischen Kulturgelder automatisch an diese drei Institutionen. Obwohl die Kulturpolitik eine typische kommunale Aufgabe ist, haben weder Stadt- noch Gemeinderat die Möglichkeit, diesen doch beträchtlichen Teil der Kultursubventionen über das Budget oder die periodische Neubeurteilung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen (Weisungen) zu beeinflussen und zu steuern. Es ist daher angezeigt, eine Gesamtschau der Kultursubventionen dahingehend zu ermöglichen, dass die Stadt eine Neubeurteilung der Situation vornehmen kann.

Mitteilung an den Stadtrat

1436. 2015/375**Postulat von Anjushka Früh (SP) und Eva Hirsiger (Grüne) vom 25.11.2015:
Verzicht auf mit Palmöl oder Palmfett angereicherte Lebensmittel in städtischen
Verpflegungsbetrieben**

Von Anjushka Früh (SP) und Eva Hirsiger (Grüne) ist am 25. November 2015 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in städtischen Verpflegungsbetrieben (z.B. Mitarbeiterverpflegungsbetriebe, Alters- und Wohnheime, Spitäler, Mittagstische, Horte) vermehrt auf die Verwendung von mit Palmöl oder Palmfett angereicherten Lebensmittel verzichtet werden kann.

Begründung:

Palmöl wird in Afrika, Asien, Nord- und Südamerika angebaut und in die ganze Welt exportiert. Eine grosse Mehrheit wird in Indonesien und Malaysia produziert. 40 - 50 % aller Haushaltsprodukte enthalten Palmöl, ein grosser Teil davon Lebensmittel. Häufig wird Palmöl unter dem Namen „Pflanzliches Fett“ verdeckt in der Zusammensetzung von Lebensmittel aufgeführt.

Die Palmölproduktion ist ein ökologisches und soziales Desaster. Um Ackerflächen zu gewinnen, werden tropische Wälder abgebrannt. Dies hat dramatische Folgen für die Biodiversität und die ohnehin bereits bedrohte Tierwelt. Täglich wird weltweit Regenwald in der Fläche von 4600 Fussballfeldern für die Produktion von Palmöl zerstört. Durch die Brandrodungen werden Unmengen an Treibhausgasen freigesetzt. Die Feuer in Indonesien im Sommer/Herbst 2015 waren so intensiv, dass die täglich freigesetzten Emissionen sogar über den täglichen Durchschnittsemissionen der US-Wirtschaft lagen.

Das einzige, was gegen diese Probleme hilft, ist die Nachfrage nach Produkten mit Palmöl und Palmfett zu senken.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und das Postulat werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

1437. 2015/376**Schriftliche Anfrage von Marcel Bührig (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom
25.11.2015:
Grippefälle in den städtischen Spitälern, Massnahmen zur Eindämmung und Ver-
breitung der Spitalgrippe sowie Empfehlungen für das Pflege- und ärztliche Personal**

Von Marcel Bührig (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) ist am 25. November 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Eine kürzlich veröffentlichte Hochrechnung des Universitätsspitals Genf ergab das mindestens 500 Personen letzten Winter an der Spitalgrippe in der Schweiz verstorben sind. Das Universitätsspital Basel hat nun eine Empfehlung herausgegeben, dass während der Grippezeit Kinder als Besucherinnen und Besucher nicht erwünscht sind. Seit längerem gibt es in der Schweiz eine rege Diskussion über Impfpflicht und Impfwang. Im Fokus einer solchen Diskussion steht auch oft das Gesundheitspersonal. Die Stadt Zürich verfügt über 5 Dienstabteilungen (STZ, SWZ, PZZ, ASZ und SGD) mit Angestellten die als Pflege- oder ärztliche Personal eingestuft werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gibt es Hochrechnungen oder genaue Zahlen zur Verbreitung, sowie der Anzahl Opfer, der Spitalgrippe im Raum Zürich?
2. Wurden gegenwärtig oder in der Vergangenheit spezielle Massnahmen zur Eindämmung der Spitalgrippe ergriffen?
 - a. Wie steht der Stadtrat zur Empfehlung des Universitätsspitals Basels, dass während der Grippezeit Kinder als Besucherinnen und Besucher nicht erwünscht sind, wäre das zumindest für die beiden städtischen Spitäler eine Option?
 - b. Wurden sonstige anderweitige Regeln für Besucherinnen oder Besucher oder das Personal in der Grippezeit erlassen?

3. Wird erfasst ob sich das Pflege- und ärztpersonal gegen die Grippe impfen lässt? Wenn ja, wie hoch ist die Impfquote?
4. Gibt es an den genannten Dienstabteilungen der Stadt Zürich eine Grippeempfehlung für das ärzte- und pflegepersonal?
5. Wie wird gewährleistet das erkrankte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während der Grippezeit die Krankheit im Spital nicht weiterübertragen? Wie wird sichergestellt, dass während der Grippesaison genug Ersatzpersonal bereit steht ohne die übrigen Mitarbeiter stärker zu belasten?
6. Sieht der Stadtrat weitere Möglichkeiten um der Verbreitung der Spitalgrippe entgegenzuwirken? Wurden bereits andere Ansätze ausprobiert?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

1438. 2014/138

SK PD/V, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Mauro Tuena (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2016

Es wird mit Wirkung ab 26. November 2015 gewählt (Beschluss des Büros vom 23. November 2015):

Christoph Marty (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

1439. 2014/138

SK PD/V, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Marc Bourgeois (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2016

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 23. November 2015):

Andreas Egli (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

1440. 2015/358

Schriftliche Anfrage von Severin Pflüger (FDP) und Christian Huser (FDP) vom 11.11.2015:

Anerkennung von Fachpersonen als pädagogische Fachkräfte für Kinderkrippen, Ablauf und Dauer des Anerkennungsverfahrens sowie Möglichkeiten für die Erweiterung des Katalogs von anerkennungsfähigen Ausbildungen

Severin Pflüger (FDP) zieht die Schriftliche Anfrage zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

- 1441. 2015/336**
Dringliche Schriftliche Anfrage von Markus Kunz (Grüne), Gabriele Kisker (Grüne) und 39 Mitunterzeichnenden vom 21.10.2015:

Überbauung auf dem Areal Thurgauerstrasse West, Möglichkeiten für eine innovative Planung mit einer Nachhaltigkeitsqualität, die mindestens einem «2000-Watt-Areal» entspricht

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 981 vom 18. November 2015).

- 1442. 2015/268**
Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP) und Marc Bourgeois (FDP) vom 19.08.2015:
Wirtschaftlichkeit und Kostendeckungsgrade der einzelnen Tram- und Buslinien der VBZ, Art und Umfang der erhobenen Daten und Möglichkeiten für deren Veröffentlichung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 982 vom 18. November 2015).

- 1443. 2015/274**
Schriftliche Anfrage von Felix Moser (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 19.08.2015:
Invasive Neophyten, vorkommende Arten und Massnahmen für deren Bekämpfung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 980 vom 18. November 2015).

- 1444. 2015/275**
Schriftliche Anfrage von Ezgi Akyol (AL) und Christina Schiller (AL) vom 19.08.2015:
Besetzung des Binz-Areals vom 17.07.2015, Hintergründe zum Polizeieinsatz gegen die AktivistInnen und AnwohnerInnen an der Uetlibergstrasse sowie zur Erfassung der Personendaten

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 991 vom 18. November 2015).

- 1445. 2010/442**
Weisung vom 27.10.2010:
Anpassung der Aufgabenzuordnung der Departemente sowie von Bestimmungen des Abschnitts Schule und Schulbehörden; Umbenennung eines Departementes; Streichung einer Kompetenzbestimmung Gemeinderat; Änderung der Gemeindeordnung

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 22. November 2015 über folgende Vorlage entschieden:

2010/442 Weisung vom 27.10.2010:

Anpassung der Aufgabenzuordnung der Departemente sowie von Bestimmungen des Abschnitts Schule und Schulbehörden; Umbenennung eines Departementes; Streichung einer Kompetenzbestimmung Gemeinderat; Änderung der Gemeindeordnung

55 647 Ja 17 253 Nein

Nächste Sitzung: 25. November 2015, 20.30 Uhr.